

reicht nicht, lediglich das relativ leicht meßbare und deshalb als Leitnuklid gewählte Radiocäsium zu betrachten.

- Die gesundheitlichen Folgen beschränken sich nicht auf Erkrankungen und Krebs der Schilddrüse. Wegen der größeren Einwohnerzahl ist in Westeuropa mit mehr Gesundheitsschäden durch die Reaktorkatastrophe zu rechnen, als in den Ländern nahe Tschernobyl, obwohl die

durchschnittlich erhaltene Strahlendosis des Einzelnen bei uns viel niedriger ist als dort. Wen es trifft, den trifft es voll. Um so aufmerksamer sollten wir die Berichte über das Ausmaß und die Vielfalt der gesundheitlichen Schäden in der Ukraine, in Weißrußland und in Rußland verfolgen.

Schlußfolgerung

In der Folge der Reaktorkata-

strophe vor 20 Jahren hat sich in der Wahrnehmung und Behandlung von Radioaktivität ein Wandel vollzogen. In den Interessenkonflikten um den Atomausstieg hat das dazu geführt, daß der Strahlenschutz in Deutschland abgeschwächt wurde, sogar über das von der EU geforderte Maß hinaus. Eine ökonomische Deckelung wurde eingeführt und der Grundsatz des Minimierungsgebots aufgegeben. Wir gehen

tatsächlich heute nicht vorsichtiger, sondern nachlässiger mit der Radioaktivität um. Dem Fatalismus aber sollte nicht nachgegeben werden, denn die gesundheitlichen Folgeschäden sind größer als gerne behauptet.

Vortrag am 26. April 2006 in der Fachhochschule Fulda, Fachbereich Oecotrophologie, Biochemie und Analytik, anlässlich der Veranstaltung 20. Jahrestag Tschernobyl. ●

Tschernobyl-Folgen

Streit um Tschernobyl-Opferzahlen

„Den Behörden nicht vertrauen“

Nach Auffassung der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW kann der Streit um die Opfer der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl beigelegt werden, wenn die zuständigen staatlichen oder staatsnahen Behörden und wissenschaftlichen Fachgremien dazu übergehen, seriöse und öffentlich nachvollziehbare wissenschaftliche Fakten zu veröffentlichen. „Wir brauchen den makaberen Streit um die Tschernobyl-Opfer nicht“, erklärte der IPPNW-Atomexperte Henrik Paulitz am 26. April 2006 anlässlich des 20. Jahrestages der Atomkatastrophe. „Es würde uns vollständig genügen, wenn die zuständigen Behörden und die offiziellen Organisationen damit aufhören würden, ihre eigenen Zahlen zu manipulieren und die Öffentlichkeit zu täuschen.“ Die Internationale Atomenergie Organisation IAEA und die Weltgesundheitsorganisation WHO haben sich nach Auffassung der IPPNW mit ihrer Vorgehensweise selbst ins Abseits gestellt.

„Entgegen so mancher Erwartungshaltung und entgegen

dem öffentlichen Eindruck haben die IPPNW und auch andere atomkritische Organisationen den offenkundig falschen Zahlen von IAEA und WHO keine vermeintlich richtigen Zahlen entgegengesetzt. Das haben wir in unserer Studie auch sehr deutlich gemacht und auf die zahlreichen methodischen Schwierigkeiten hingewiesen“, erklärte Paulitz. „Anhand von wissenschaftlichen Arbeiten haben wir allerdings aufgezeigt, mit welchen Größenordnungen man es zu tun hat und mit welchen Gesundheitsfolgen wir uns befassen müssen.“

Nach Auffassung der Ärzteorganisation gibt es ein durchaus berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit, über die Dimensionen der Tschernobyl-Folgen informiert zu werden, um Lehren für das zukünftige Handeln ziehen zu können. Immerhin müsse man angesichts der wesentlich höheren Bevölkerungsdichte in Deutschland damit rechnen, daß nach einem Super-GAU etwa im Atomkraftwerk Biblis möglicherweise die 10-fache Opferzahl zu beklagen wäre.

„Es stellt sich aber auch generell die Frage nach den Entscheidungsgrundlagen der Politik“, so Paulitz. „Politische Richtungsentscheidungen mit sehr weitreichenden Auswirkungen für die Bevölkerung basieren sehr häufig auf wissenschaftlichen Einschätzungen. Wir können den Vorgang nicht einfach so hinnehmen, daß internationale Organisa-

tionen wie die IAEA und die WHO der Öffentlichkeit Forschungsergebnisse bewußt vorenthalten und der Politik falsche Entscheidungsgrundlagen liefern. Hier müssen Konsequenzen gezogen werden. Wir kennen das Problem auch vom deutschen Bundesamt für Strahlenschutz. Jahrelang dementierte die Behörde, daß es erhöhte Kinderkrebsraten in der Nahumgebung von deutschen Atomkraftwerken gibt. Erst auf Druck der IPPNW überprüfte das Bundesamt schließlich die Forschungsergebnisse des Umweltinstituts München und bestätigte diese.“

Auch die Diskussion um einen zweiten Tschernobyl-Sarkophag zeigt nach Ansicht der IPPNW, wie wichtig eine seriöse wissenschaftliche Forschung ist. So gebe es ernst zu nehmende wissenschaftliche Hinweise darauf, daß das radioaktive Inventar des Katastrophenreaktors während des

Unfalls größtenteils freigesetzt wurde und von dem Reaktor heute praktisch keine Gefahr mehr ausgehe. „Statt aber diese Einschätzung des renommierten Moskauer Kurt-schatov-Instituts für Atomenergie ernsthaft zu überprüfen, geben die westlichen Regierung lieber Milliarden von Steuergeldern für westliche Gutachterorganisationen und für große Baukonzerne aus, die den möglicherweise überflüssigen zweiten Sarkophag bauen sollen. Für medizinische Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung werden hingegen fast keine staatlichen Mittel zur Verfügung gestellt.“

„Die gegenwärtige Politik, auch universitäre Forschung zunehmend über Drittmittel zu finanzieren, wird die Unabhängigkeit und Seriosität der Wissenschaft nicht erhöhen“, so Paulitz. „Inzwischen werden schon Lehrstühle von großen Atomkonzernen wie E.ON co-finanziert.“ ●

Atomwirtschaft

20 Jahre nach Tschernobyl – und kein bißchen weise

Mit aller Macht und alter Propaganda versucht die Atomlobby wieder die nukleare Karte auszuspielen: Ressourcenverknappung, Klimaschutz und die Rede von „Öl und Gas als Waffen im strate-

gischen Energiepoker“ sollen die Politik zur Rückkehr in die Atomgläubigkeit bewegen. Wissenschaftler halten dagegen, erwarten in Europa ohnehin einen Rückgang der Strompro-